

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Deeskalation und Dialog statt Eskalation und Verbot

Nach dem von uns am vergangenen Samstag in Köln organisierten 25. Internationalen Kurdischen Kulturfestival, das mit teils abstrusen Auflagen belegt war, prüft das Innenministerium eine Konkretisierung des PKK-Verbots. Hintergrund dessen ist die Empörung der türkischen Regierung, die u.a. in dem Einbestellen des deutschen Botschafters – übrigens zum 16. Mal in seiner zweijährigen Amtszeit – zum Ausdruck kam. Auf dem Festival waren hunderte Bilder des inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, den 2015 im Rahmen einer Unterschriftenkampagne über 10 Millionen Menschen weltweit zu ihrem politischen Repräsentanten erklärt hatten, gezeigt worden.

So wie das Innenministerium möchten auch wir die Thematik des PKK-Verbots konkretisieren. Konkretisieren steht jedoch für uns ganz im Zeichen von Deeskalation und Dialog. Denn die Aufhebung des PKK-Verbots, das 1993 vom damaligen Innenminister verfügt und von uns im Hinblick auf eine friedliche und politische Lösung der kurdischen Frage stets als falscher Weg angeprangert wurde, ist längst hinfällig.

Warum?
Mit dem PKK-Verbot begann eine Welle der Kriminalisierung gegen einen nicht unerheblichen

Teil der kurdischen Community in Deutschland. Die Einschränkung des Versammlungsrechtes, die Verweigerung der Einbürgerung sowie tausende Ordnungs- und Strafverfahren sind nur einige Beispiele hierfür. So stellt das Verbot auch ein erhebliches Integrationshindernis für die Kurdinnen und Kurden in Deutschland dar.

Die PKK genießt in weiten Teilen der kurdischen Gesellschaft, so auch in Deutschland, hohes Ansehen, denn sie ist der Ausdruck ihres Freiheits- und Friedenswillens.

In den vergangenen Jahrzehnten, insbesondere aber im Hinblick auf den Kampf gegen den IS, ist die PKK zu einem zentralen Faktor und vor allem Akteur nicht nur im Mittleren Osten, sondern auch auf der internationalen politischen Ebene geworden. Es geht ihr dabei nicht allein um die Rechte des kurdischen Volkes, sondern auch und vor allem um eine demokratische Gestaltung des Mittleren Ostens, frei von ethnisch und konfessionell konnotierten Konflikten.

Im Hinblick auf einen demokratischen Mittleren Osten – eine politische Lösung der kurdischen Frage ist hierfür unerlässlich – hat Herr Abdullah Öcalan eine Schlüsselposition inne. Für die kurdische Bewegung ist sein Konzept eines konföderal strukturier-

ten, freiheitlich, demokratisch, ökologisch und gendergerecht organisierten Mittleren Ostens prägend.

Ein weiteres wichtiges Signal, warum dieses Verbot längst hinfällig ist, kommt aus der Justiz. Im benachbarten Belgien urteilte das oberste Berufungsgericht, dass die PKK keine Terrororganisation sei.

Doch welche Haltung hat die Bundesregierung?

Zunächst einmal ist die Kritik an der türkischen Regierung und ihrer untragbaren Vorgehensweise gegen alle Andersdenkenden zu begrüßen. Allerdings müssen dieser Kritik des Nachdrucks wegen Taten folgen.

Eine Konkretisierung des PKK-Verbots, dem Verständnis des Innenministeriums nach also eine Vertiefung des Verbots, ist das falsche Signal. Die im März dieses Jahres erfolgte erste sog. Konkretisierung beinhaltete nicht nur das Verbot einer gelben Flagge mit dem Aufdruck von Abdullah Öcalan, sondern, um das bizarre Beispiel vorweg zu nehmen, auch ein Verbot der Fahne des Verbandes der Studierenden aus Kurdistan – eine Organisation mit hunderten Mitgliedern, die mehrheitlich hier geboren und aufgewachsen sind und an deutschen Universitäten studieren. Auch die Fahnen der PYD, im Hinblick auf eine Lösung in Syrien auf

Initiativ werden – Freiheit für Öcalan

Während des diesjährigen kurdischen Festivals unter dem Motto FREIHEIT FÜR ÖCALAN – STATUS FÜR KURDISTAN – DEMOKRATIE FÜR DEN MITTLEREN OSTEN, an dem Tausende Menschen in einem Meer von Fahnen mit dem Bild von Abdullah Öcalan teilnahmen, kreiste am 16. September über Stunden ein kleines Flugzeug mit der Forderung FREE ÖCALAN über der Kölner Innenstadt.

Am 1. September zog in den niederländischen Städten Den Haag, Rotterdam und Arnheim ein kleiner Flieger die Forderung FREEDOM FOR ÖCALAN durch die Lüfte. Ebenfalls am 1. September, dem Internationalen Antikriegstag, konnten viele Menschen in Stuttgart über Stunden den lächelnden Frie-

denkämpfer auf einer Werbetafel an einer stark befahrenen Kreuzung sowie die Forderung Freiheit für Öcalan sehen. Für zwei Tage strahlte eine Werbetafel im Hauptbahnhof von Luzern in der Schweiz ein Bild von Abdullah Öcalan mit der Forderung nach seiner Freiheit aus.

Die Internationale Initiative »Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan« erklärt in einem Flugblatt, das die Zeit reif ist: „Öcalans Stimme für Frieden und Demokratie ist angesichts der tiefen Krise im Mittleren Osten und der Diktatur in der Türkei nötiger denn je. Er ist der Architekt hinter der Idee einer gleichberechtigten Koexistenz aller Menschen in der Region. Nur mit seiner Freiheit kann eine wirkliche Versöhnung erreicht werden. Die Möglich-

keit ist da, die Bedingungen sind reif!“

Öcalan ist mit dem Abbruch der Verhandlungen zwischen der Arbeiterpartei Kurdistan PKK und türkischem Staat ohne jeglichen Kontakt zur Außenwelt. Auf der Gefängnisinsel İmralı im Marmarameer ist er in absoluter Isolation. Seit 2015 konnte er nur ein einziges Mal Besuch von seinem Bruder empfangen. Besuchsanträge der Rechtsanwältin Öcalans werden seit 2011 negativ entschieden, Anwaltsgespräche konnten seitdem nicht geführt werden.

Isolation ist schwerste Folter, Isolation ist Mord auf lange Dauer. Die Isolation gegen Abdullah Öcalan muss beendet, seine Freilassung durchgesetzt werden. Aktiv werden – überall – auch hier. ISKU, 17. September 2017

Meldungen:

Wahlen in Nordsyrien haben begonnen

Bereits Tausende sind heute Morgen in die Wahllokale gekommen. Zur Wahl stehen in drei Kantonen Nordsyriens – Cizîrê, Firat und Afrin – die Co-Vorsitzenden der Kommunen. Die Wahl gilt als Auftakt zur turnusmäßigen Neubestimmung der demokratischen Teilnahme in Nordsyrien. Die Kantone Nordsyriens sind Basisorganisiert in Kommunen. Mittels der heute abgehaltenen Wahlen werden die Co-Vorsitzenden von 3.732 Kommunen bestimmt. 12.421 Kandidaten stellen sich insgesamt zur Wahl. Nach dem Wahlgang für die Kommunen findet am 3. Oktober die Lokalwahl zu der Räten in Dörfern, Bezirken, Landkreisen und Kantonen statt. Die Wahl des Kongresses, des höchsten Organs, findet am 19. Januar 2018 statt. (ANF, 22.9., ISKU)

Ausgangssperren über 46 Ortschaften verhängt

Die türkische Regierung weitet ihren Krieg gegen die kurdische Bevölkerung weiter aus. Im Rahmen von Militäroperationen der türkischen Armee wurden über 46 Ortschaften in der Provinz Amed (Diyarbakir) Ausgangssperren verhängt. Betroffen sind Ortschaften in den Landkreisen Licê, Hezro und Pasûr. (ANF, 21.9., ISKU)

Türkische Armee bombardiert in Südkurdistan: 10 Zivilisten getötet

Am Dienstag Abend um 21:00 Uhr flog die türkischen Luftwaffe ihre erste Angriffswelle auf eine kleine Gruppe Landarbeiter, die auf ihrem Heimweg aus den Weinbergen im südkurdischen Bezirk Amadi waren. Von der siebenköpfigen Gruppe verloren bei dem Angriff vier Zivilisten ihr Leben. Die durch den Angriff verbrannten Leichname der Getöteten wurden von Bewohnern der naheliegenden Ortschaften in die Stadt Şeladizê gebracht.

Ein weiterer Angriff der türkischen Luftwaffe galt der Region Çemço in den Medya Verteidigungsgebieten. Bei diesem Angriff wurden drei Personen getötet. Angehörige hatten sich am frühen Morgen auf die Suche nach ihnen gemacht und sie in der Nähe ihrer Gärten gefunden.

Am Mittwoch wurde bekannt, dass die Zahl der Todesopfer

Irak: Referendum abgelehnt

Am 12. September hat das irakische Parlament das von der Demokratischen Partei Kurdistans PDK geplante Referendum über die Unabhängigkeit Südkurdistans mehrheitlich abgelehnt und Ministerpräsident Ebadî bevollmächtigt, das Referendum zu verhindern. Als Reaktion darauf verließen die kurdischen Abgeordneten das irakische Parlament.

Tags darauf hat Ebadî die Amtsenthebung von Necmedîn Kerim, Gouverneur von Kirkuk, beschlossen. Das irakische Parlament hat dem zugestimmt. Einige Abgeordnete des irakischen Parlaments streben darüber hinaus auch die Rückkehr von irakischer Polizei und Militär sowie die Enthebung des Bezirksparlaments von Kirkuk an.

Der Sprecher der Patriotischen Union Kurdistans YNK Sadî Ehmed Pîrê erklärte den Beschluss der Amtsenthebung des Gouverneurs von Kirkuk für illegitim und sie den Beschluss nicht anerkennen werden. Die Bezirksverwaltung von Kirkuk unterstützte dies und erklärte, es wäre einzig die Entscheidung des

Bezirks, den Gouverneur zu wählen bzw. abzusetzen. Der Gouverneur von Kirkuk war in Bagdad in Ungnade gefallen, nachdem neben der irakischen Staatsfahne auch die Fahne der Autonomen Region Kurdistan gehisst worden war und Kirkuk nun auch am Referendum über die Unabhängigkeit teilnimmt.

Am 15. September trat das Parlament der Autonomen Region Kurdistan, nach knapp zwei Jahren das erste Mal wieder zusammen. Es handelte sich um eine Sondersitzung, beschlossen wurde die Durchführung des Kirkuk über die Unabhängigkeit von Bagdad. Das Parlament der Autonomen Region Kurdistan, das über 111 Sitze verfügt, trat mit 68 Abgeordneten zusammen von denen 65 für die Durchführung votierten. Die Parlamentsitzung leitete Cafer Heminki, Vizechef der PDK. Die Gorran Bewegung und Komela İslami sowie sechs Abgeordnete der YNK, darunter auch der Parlamentspräsident, blieben der Sitzung fern.

Das Referendum ist für den 25. September angesetzt. Barzani,

Vorsitzender der PDK, hatte nach Treffen mit einigen politischen Parteien am 7. Juli dieses Jahres erklärt, dass am 25. September die Volksabstimmung über eine Unabhängigkeit von Bagdad angesetzt werde und das diese auch in den umstrittenen Regionen wie z.B. Kirkuk durchgeführt werde.

Der irakische Ministerpräsident Haydar El Ebadî erklärte dazu, dass das Referendum gegen die Verfassung des Irak verstoße und nicht anerkannt werde. Die Türkei und der Iran sind ebenfalls gegen die Abstimmung, die USA bemüht sich aktuell um eine Aufschubung des Referendums. Die Krise verschärft sich zusehends. Haydar El Ebadî erklärte gegenüber Associated Press, dass die Kurden mit dem Feuer spielen würden und fügte hinzu: „Wer gegen die Verfassung verstößt, wer die Grenzen des Irak und der Region in Frage stellt, stellt den Nachbarländern einen Blanco Scheck aus die Souveränität des Irak in Frage zu stellen, das verschärft die Spannungen in sehr gefährlichem Ausmaß.“

(ANF 16.9., ISKU)

Russisch-Syrischer Angriff auf QSD

Am Morgen des 16. Septembers gegen 3.30 Uhr haben syrische und russische Kampfflugzeuge Stellungen der Demokratischen Kräfte Syriens QSD angegriffen. Die QSD ist Teil des Militärrates von Dêra Zor. Dieser hat erst vor einigen Tagen mit der Operation um die Befreiung von Dêra Zor vom IS begonnen. Syrische und russische Kampfflugzeuge griffen Stellungen der QSD östlich des Euphrat, in deren Nähe sich wirtschaftliche Anlagen befinden, an. Die QSD sprachen in einer ersten Erklärung von sechs verletzten

Kämpfern. Das Gebiet, in dem es zu dem Angriff gekommen war, war der Erklärung zu Folge, zuvor von den Demokratischen Kräften vom IS befreit worden.

Die QSD verurteilten den Angriff scharf und forderten die betreffenden auf, ihre Angriffe einzustellen. Auch der Kommandant der Volksverteidigungseinheiten YPG, Sipan Hemo, verurteilte den Angriff mit scharfen Worten. Er sieht in dem Angriff „den Versuch, dem in Bedrängnis geratenen IS Luft verschaffen zu wollen“. Sipan Hemo betonte, dass

Osten des Euphrat und die Dörfer von Dêra Zor vom IS befreit werden. „Wir haben alle internationalen Kräfte, die Internationale Allianz sowie die russische Regierung zuvor darüber informiert, dass wir diese Gebiete befreien werden“, erklärte Sipan Hemo, „Wir werden allen, die unsere Kräfte angreifen und sich uns in den Weg stellen, Paroli bieten. Der Angriff auf unsere Kräfte stellt eine Unterstützung für den IS dar und kann nur das Ziel verfolgen, das Leben des IS zu verlängern.“

(ANF 16.9., ISKU)

→ Deeskalation und Dialog ...

internationalem politischem Parkett ein unerlässlicher Partner, und der Volksverteidigungseinheiten YPG und YPJ, die in Syrien in den Reihen der demokratischen Kräfte Syriens einen heldenhaften Widerstand gegen den IS, aktuell u.a. in Rakka, leisten, sind von dieser Konkretisierung betroffen.

Das Verbot von Öcalans Bildern gefährdet nicht nur die Bestrebungen der kurdischen Seite für eine politische Lösung der kurdischen Frage, sondern auch eine Demokratisierung der gesamten Region. Zudem untergräbt es den politischen Willen von Millionen Menschen weltweit. Zumal Herr Öcalan seit zwei Jahren, also seitdem die türkische Regierung unter Erdogans AKP den Dialog mit der kurdischen Seite ad acta gelegt hat, auf der Gefängnisinsel İmralı einer Totalisolation ausge-

setzt ist. Mit Aufkündigung der Friedensbestrebungen eskalierte der Krieg gegen die kurdische Bevölkerung. Amnesty international spricht von 750.000 Binnenflüchtlingen allein von Ende 2015 bis Mitte 2016. Ganze Stadtteile in Kurdistan wurden durch die türkische Armee dem Erdboden gleich gemacht, dutzende Menschen bei lebendigem Leibe verbrannt.

Nicht zu vergessen sind die politischen Repressionen: 12 Abgeordnete der progressiven HDÛ, einschließlich ihrer beiden Co-Vorsitzenden – übrigens einzige Partei im türkischen Parlament mit einer paritätischen Besetzung – 84 gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie hunderte Funktionäre sind in Haft, nahezu alle gewählten Bürgermeister ihres Amtes enthoben und durch Zwangsverwalter ersetzt.

Und um nun den Bogen wieder zum Innenministerium zu spannen, darf auch nicht außer Acht gelassen werden, dass das Innenministerium selbst die Türkei als Aktionsplattform für islamistischen Terror bezeichnet hat – eine wichtige und zentrale Feststellung im Hinblick auf die Haltung der türkischen Regierung gegenüber dem IS.

Anstelle einer Konkretisierung und damit Vertiefung des Verbots ist zwingend ein Umdenken in der Kurdenpolitik, aber auch eine Neubewertung der PKK notwendig. Einzig richtige Konsequenz dessen ist die Aufhebung des inakzeptablen und längst hinfälligen PKK-Verbots. In diesem Sinne fordern wir Deeskalation und Dialog statt Eskalation und Verbot.

Nav-Dem e.V.
21. September 2017

der vorangegangenen Angriffe auf die Gebiete Avaşın und Şeladizê nach örtlichen Angaben auf 10 Personen gestiegen ist.

Von Seiten der Zentralregierung herrscht weiter Schweigen gegenüber den durch die türkische Armee durchgeführten Angriffen gegen die Zivilbevölkerung.

(ANF 20.9., ISKU)

IS-Hauptstadt Rakka zu 80 Prozent befreit

Die Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) haben nach eigenen Angaben die Stadt Rakka zu 80 Prozent vom „Islamischen Staat“ (IS) befreit. Die Stadtteile Tişrin, Rimela und Rewda im Norden von Rakka seien nach fünftägigen Kämpfen befreit worden, teilte die Generalkommandantur des Militärbündnisses in einer heute veröffentlichten Erklärung mit. Dutzende Mitglieder des IS seien getötet und hunderte Zivilisten aus der Stadt evakuiert worden.

Die SDF erklärte, dass zum ersten Mal seit Beginn der Rakka-Operation eine Offensive an der Nordfront gestartet worden sei. Nach fünftägigen Kämpfen gebe es an diesem Frontabschnitt nun Minensäuberung von Seiten der SDF-Kämpferinnen und Kämpfer. „Wir erleben die letzte Etappe der Operation „Zorn des Euphrat“ zur Befreiung Rakkas. Mit dieser Offensive wird die größte Terrororganisation in Syrien besiegt werden.“, heißt es in der Erklärung der SDF.

Die Operation „Zorn des Euphrat“ wurde am 10. Dezember 2016 begonnen und hat zum Ziel, die syrische Stadt Rakka, die seit drei Jahren unter Kontrolle des IS ist und zur Hauptstadt ihres „Kalifats“ erklärt wurde, zu befreien.

(CA, 20.9.)

Quellen:

ANF Firat
Nachrichtenagentur
CA Civaka Azad

N ü ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
IBAN: DE42370100500003968506
BIC: PBNKDEFF (Postbank Köln)
Weitere Informationen findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org